

628/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 12.05.2005

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Brosz, Freundinnen und Freunde

betreffend Unterstützungsmaßnahmen für LehrerInnen im Umgang mit verhaltensauffälligen SchülerInnen

Im Rahmen des Prozesses „Klasse:Zukunft“ aus der Praxis zeigt sich deutlich, dass Schulen wirksamere Unterstützung für die Bewältigung von Problemen mit verhaltensauffälligen und erziehungsschwierigen SchülerInnen benötigen.

Die ExpertInnen der Zukunftskommission machen außerdem darauf aufmerksam, dass erzieherische Probleme nicht nur Herausforderungen an die Schule selbst sind: „Die betroffenen SchülerInnen selbst bedürfen der aktiven Hilfe und Unterstützung für die Überwindung kognitiver, emotionaler und sozialer Probleme, soweit als irgend möglich ohne Aussonderung aus ihrem alltäglichen schulischen und sozialen Umfeld.“ (83)

Für die Bewältigung dieser Problematik fordert die Zukunftskommission mehrere konkrete Unterstützungsmaßnahmen ein. In diesem Bereich sei es dringend erforderlich, den Anschluss an internationale Entwicklungen und Standards zu finden. (21) Neben Aus- und Fortbildungsschwerpunkten für Lehrkräfte im Hinblick auf den Umgang mit SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen, betrifft dies:

- Die Erhöhung der Personalreserven von fachlich ausgebildeten LehrerInnen (vorzugsweise SonderpädagogInnen) – insbesondere an Schulen mit sozialen Brennpunkten
- Den Auf- und Ausbau der Schulsozialarbeit sowie die Integration und Kooperation von Schule mit Einrichtungen der Jugendhilfe
- Die Einrichtung von multidisziplinären regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren unter Einbezug von SchulpsychologInnen, ÄrztInnen, SozialarbeiterInnen und LehrerInnen, die sowohl den Schulen, als auch den individuellen SchülerInnen fallbezogene Unterstützung anbieten
- Die Durchführung von wissenschaftlich fundierten und evaluierten Programmen zur Förderung von Sozialer Kompetenz in Kooperation mit entsprechenden Fachwissenschaftlern

Bildungsministerin Gehrler zeigt sich bisher nicht bereit den Forderungen Rechnung zu tragen. Im Schulpaket 3 formuliert sie lediglich, dass die Pädagogischen Hochschulen den Auftrag zur Schaffung von besseren Unterstützungssystemen sowie zu mehr Forschung und Entwicklung Rechnung tragen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, die von der Zukunftskommission geforderten Unterstützungsmaßnahmen für die Bewältigung von Problemen mit verhaltensauffälligen und erziehungsschwierigen SchülerInnen umzusetzen. Die Bundesministerin hat dazu die Personalreserven an Schulen zu erhöhen, den Ausbau der Schulsozialarbeit zu initiieren, regionale Unterstützungszentren einzurichten sowie wissenschaftlich fundierte und evaluierte Programme zur Förderung von Sozialer Kompetenz in Auftrag zu geben.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuß vorgeschlagen.